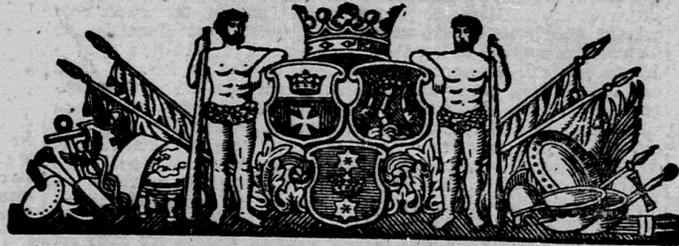


# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 6,90 Mk., frei Haus 8.— Mk.; monatlich 2,30 Mk., frei Haus 2,70 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 8,10 Mk., monatlich 2,70 Mk. (ohne Bestellg.). Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 3,20 Mk., vierteljährlich 9,60 Mk. Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Reußner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg. Postsch.-Nummer: 141. Königsberg. Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelkirche 7. (Eig. 6202/3.)

## Der Friede bedingungslos unterschrieben.

Neuer Nationalversammlungsbeschluß: Regierungsvollmacht für den Frieden ohne Vorbehalt.

Friftverlängerung abgelehnt. — Clemenceau im Spiegelsaal von Versailles. — Brockdorff-Rantzau über seinen Rücktritt. — Admiral Reuters Verlenkungsbefehl.

### Das Ende.

Man ist noch nicht über den Grimm und Ekel hinweg, den der Friedensbeschluß der deutschen Volksvertretung in der von der neuen Regierung ausgearbeiteten Form in weiten Volkskreisen erweckt hat, auch bei denen selbst, die glauben, unterzeichnen zu müssen. Da kommt bereits der letzte plumpste Keulenschlag, die Werbung, daß die Reichsleitung im Laufe des Tages noch einen Schritt weiter gegangen ist auf der Bahn, die hinabglitt in Anrecht und Unehre. Der Wiederband hat — es gibt darüber bei dem jetzigen Nachrichtenübel keine ganz klare Darstellung, aber aus dem Ablauf der Ereignisse lassen sich die Zwischenglieder folgern — erstens jede Fristverlängerung abgelehnt und zweitens jede einschränkende Bedingung bei der Unterschrift. Daraufhin ging die Regierung nochmals die Nationalversammlung an und ließ sich bestätigen, daß auch die vorbehaltlose Friedensunterschrift noch zu der von der Volksvertretung bewilligten Vollmacht der Regierung gehöre.

Inzwischen ist ja wohl nun der Federzug erfolgt, der den schändlichen Handel in Versailles zum Abschluß gebracht hat. Pariser Blätter schweigen schon in der Vorwegnahme der Bonnen des letzten Triumphs; sie schildern, wie man im Spiegelsaal an den Tischen aufgebaut sein werde, Herr Clemenceau auf einem Sonderplatz, wo dann der deutsche Vertreter dieses schrittweise Parallels eines ganzen Volkes angeht, der feindlichen Bevollmächtigten zu vollziehen haben werde. Das Ende ist auch in der äußeren Aufmachung nicht aus dem Rahmen des bisherigen gesamten Trauerspiels gefallen. Deutschland ist wie verschüttet vom Elend, und nur noch in der Größe des Unglücks, das unserem Volk wie ein Hünengrabstein aufgewälzt wird, haben wir eine Verheißung für das Wiederaufleben in Zukunft. Eine Volkstraft, die der Feind, um sie niederzubalten, mit solchen Würden belastet, — welche Möglichkeiten muß man nicht ihrem Wachstum zutrauen, trotz alledem? Wir wünschen den Kindern und Enkeln des heutigen geschlagenen Geschlechts, daß sie die Sorge bereinigt rechtfertigen, die jetzt der Feind durch die Knebel und Fesseln von Versailles zu bannen sucht.

Und nun: Schluß machen mit dem Gram, mindestens mit seiner Grundgabe! Wir wollen uns vor allem in Deutschland auch im Innern nicht weiter mit Vorwürfen überhäufen, wie vordem über die Schuld am Kriege, so fortan etwa über die Schuld an diesem Frieden. Wir wollen versuchen, unter dem unmenlichen Druck weiterzuleben. Bessere Tage müssen kommen, so oder so. Es wird vielleicht nur in langsamster Gangart geschehen und nicht ohne neue schwere Schwürungen unseres Volkslebens, das sich nicht immer der wahren Ursache seiner Not bewußt sein wird, und das die Schuld in seinen eigenen öffentlichen Einrichtungen suchen wird, statt in der unaufhörlichen Blutabzapfung, die der äußere Feind für die Folge am deutschen Volkstörper verübt. Darüber freilich Klarheit zu schaffen, bleibt die Aufgabe einer ehrlichen Politik ebensosehr, wie sie auf Versöhnung hingearbeitet hätte, wenn ein Rechtsfriede zustande gekommen wäre.

Den deutschen Dänen trifft dieser Zukunftsstand doppelt. Wir werden hier auf Schritt und Tritt, bei jeder Lebensregung daran erinnert werden, daß man uns aufs schändlichste vergewaltigt, aufs empörendste vom Gesamtwaterland abgesprengt hat. Soweit in den Ostgebieten die Volksabstimmung entscheiden soll, ist uns nicht bange vor der unbesonnenen Entscheidung unserer Vandalen, in Ober- und Westpreußen ebenso wie in den paar dafür freigegebenen westpreussischen Kreisen und in Masurien. Aber auch den geistigen Zusammenhang mit dem, was angefragt vom Deutstum losgerissen wird, mit Memel, Soltau, ganz Westpreußen und Danzig und Posen werden wir nie verlieren, niemals aufgeben.

Eine unterirdische heilige Verbindung bleibt in alle Ewigkeit durch ganz Deutschland, von Schlesien bis Ostpreußen, vom Fels zum Meer.

Wir hätten einen freudlichen Ausgleich mit dem polnischen Nachbar gewünscht, gemäß dem Beschluß der Ostvolksräte, aber das Polentum hat sich die Augen und den Verstand verblenden lassen durch die verführerische Leppigkeit, mit der der Wiederband die deutschen Ostgebiete verarmte. Diese Sache hat freilich keinen Bestand, und es kann leicht ein Tag kommen, an dem jene, die heute jubeln, von späteren Geschlechtern verwünscht werden.

Daß wir einem bewaffneten Sonderwiderstand des deutschen Ostens nicht das Wort reden, ergibt sich aus dem Friedensschluß, besonders aus der Art, wie er über uns gekommen ist. Jene deutsche Regierung, die zu uns stehen wollte in der Not, ist nicht mehr im Amt. Einseitige Teilbestrebungen aber, die nach unserer festen Ueberzeugung ins Unglück führen, und bei denen wir nicht nur an der Gewißheit, sondern überhaupt an der Aussicht auf irgendeinen Erfolg zweifeln, darf niemand, der sich verantwortlich fühlt, weiterhin durchsetzen wollen. Wir dürfen die Gesamtangelegenheit des Reichs nicht noch erschweren, da wir sie schon nicht zum Guten wenden können.

Freilich bleibt eine Vorbedingung bestehen: daß nicht noch über die nunmehr festgelegten entscheidenden Friedensbedingungen hinaus von polnischer Seite versucht wird, widerrechtliche Vorteile zu erraffen. Geschieht das, so kommen die Waffen von selbst in Gebrauch und dann

wird die politische Einsicht blindlings überrannt werden von der Leidenschaft und von dem ganzen Gefolge eines Kriegsrauchs, das in Haß und Verzweiflung noch wilder losbräche in unserer Heimat als während des ganzen Weltkriegs irgendsonst. Niemand soll mit diesem Feuer spielen! Sei auch das Polentum zugänglich dieser Warnung!

P. L.

### Bedingungslose Unterschrift.

Paris, 23. Juni. Heute nachmittags 4.40 Uhr hat der deutsche Gesandte von Daniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen bedingungslos anzunehmen.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“.)  
Berlin, 23. Juni. Der Gesandte von Daniel hat heute nachmittags um 4.40 Uhr in Versailles folgende Note an die alliierten und assoziierten Regierungen überreicht:

„Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung gesehen, daß sie entschlossen sind, den Frieden mit äußerster Gewalt zu erzwingen, auch unter Aufrechterhaltung der Bedingungen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volk seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volk nach den Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der Uebermacht weichend, und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen gestellten Bedingungen anzunehmen und zu unterschreiben.“

Diese Note ist dem Verbindungsoffizier der alliierten und assoziierten Regierungen gegen Empfangsbcheinigung überreicht worden. Bei den zuständigen Stellen der Reichsregierung ist von einem Rücktrittsgesuch des Gesandten von Daniel nichts bekannt.

### Endgültige Abstimmung über die Friedensunterschrift.

Deutsche Nationalversammlung.

Sitzung vom 23. Juni.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung kurz vor 3 Uhr und schlägt noch malige Beratung der Friedensfrage vor. Das Haus ist damit einverstanden.

Ministerpräsident Bauer: Durch die bekannte Antwort der Entente ist die Lage in zwölfter Stunde von Grund aus verändert und damit stehen wir unerbittlich vor der ungeheuren Frage: ablehnen oder bedingungslos unterschreiben.

Die Regierung hat Ihnen gestern die bedingte Unterschrift vorgelegt. Sie hat geglaubt, diesen letzten Versuch machen zu müssen, um etwas wenigstens von all den Idealen zu retten, die unsere Gegner angeblich in diesem Kampf für die Menschheit erstreiten wollten. All das sind aber heute nur noch theoretische Betrachtungen. Es soll uns nichts, gar nichts erspart bleiben. Zur Knechtung will der Feind auch noch die Verachtung.

Jetzt muß die ganze Welt leben, hier wird ein besiegt Volk an Leib und Seele vergewaltigt, wie kein Volk je zuvor. Kein Protest heute mehr, kein Sturm der Empörung. Alles weiter: muß den Eindruck schwächen, der sich heute der Welt bietet, die zum Teil mit verhohlenen oder unverbohlenen Entsetzen auf diese Vergewaltigung sieht.

#### Unterschreiben wir

Das ist der Vorschlag, den ich Ihnen namens des ganzen Kabinetts mache, bedingungslos zu unterschreiben.

Wehrlos ist nicht ehrlos. Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ohr: Daran ist kein Zweifel. Aber daß dieser Versuch der Ehrschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, daß es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unsere Hoffnung bis zum letzten Atemzug. Ich darf wohl annehmen, daß auch nach diesen Vorgängen die Regierung ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterschreiben.

Abg. Schiffer (Demot.): Die Ermächtigung beanstanden wir nicht. Meine politischen Freunde sehen keinen Zweifel in die vaterländische Gesinnung auch derer, die mit Ja gestimmt haben.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat. Vpt.): Meine Partei steht auf dem Standpunkt der unbedingten Ablehnung und erhebt Widerspruch gegen die Unterschrift.

Abg. Einze (Dtsch. Vpt.): Wir lehnen den Friedensvertrag nach wie vor ab. Wir erkennen an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Gründen handeln.

Präsident Fehrenbach: Ein Widerspruch gegen die Auffassung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung ermächtigt bleiben soll, den Friedensvertrag zu unterschreiben, ist nicht erfolgt. (Widerspruch rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat. Vpt.): Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß gestern nur eine beschränkte Ermächtigung zum Unterschreiben gegeben wurde.

Präsident Fehrenbach: Ich nehme an, es wird Widerspruch erhoben und namentliche Abstimmung verlangt.

In einfacher Abstimmung erklärt darauf das Haus gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und eines Teiles des Zentrums und der Demokraten die Auffassung der Regierung, daß sie nach wie vor ermächtigt bleibt, den Friedensvertrag zu unterschreiben, für zutreffend.

Präsident Fehrenbach: Ich stelle mit Genugtuung fest, daß von den verfeindeten Seiten des Hauses anerkannt wurde, daß alle Teile des Hauses nur von vaterländischen Gründen bei der Abstimmung leiten ließen. Ich möchte wünschen, daß dieser Geist auch hinausgehen möge in unser Volk, daß es gewillt ist, nunmehr einträchtig zusammen all die großen Lasten auf sich zu nehmen, die uns jetzt bevorstehen. Im übrigen empfehle ich unser unglückliches Vaterland dem Schutze des barmherzigen Gottes. (Beifall.) Die Sitzung wird dann um 3/4 Uhr auf eine Stunde unterbrochen.

Um 4 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Präsident Fehrenbach: Die Parteiführer haben sich auf einen Aufruf an das deutsche Heer geeinigt, in dem es u. a. heißt: Ungeheure und niederbrückende Anforderungen stellt der trotz des Helmenmutes unserer Truppen uns aufgezwungene Frieden, an alle Teile des Volkes, besonders schwer aber an das Herzgefühl unserer Soldaten. Das deutsche Volk erwartet zuversichtlich, daß Heer und Marine treu ihrer ganzen Vergangenheit in dieser schwersten Zeit ein Beispiel der Selbsterleugnung und der Aufopferung geben und Hand in Hand mit den anderen Volksgenossen an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes arbeiten. Es wird gelingen, wenn alle ihre vaterländische Pflicht erfüllen. (Beifall.)

Der Präsident teilt weiter mit, daß der Vorkosten-Ausschuß im Einverständnis mit der Regierung vorschlägt, einen Beitrag der Nationalversammlung für die Reichsbetriebe einzufordern, in den die Sozialdemokraten zwei Mitglieder und alle übrigen Fraktionen je ein Mitglied entsenden sollen.

Ein Antrag aller Parteien, wonach der Finanzminister ermächtigt ist, für Gebietssteuern, bei welchem die Reichszugehörigkeit gefährdet ist, den Banken die Anzeigepflicht über Hinterlegung von Wertpapieren seit dem 1. Oktober 1919 anzuverlegen, sowie ein Zusatzantrag des Abgeordneten Wurm (U. S.), diese Bestimmungen auf das ganze Reichsgebiet zu erstrecken und die Anzeigepflicht auf die seit dem 1. August 1914 hinterlegten Wertpapiere auszudehnen, wird in allen drei Besingen angenommen.

Es folgt der Notetat, der wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Hauptetat's sechs Milliarden bis zum 1. Oktober zur Verfügung stellt.

Abg. Mumm (Deutschnat. Vp.) beantragt aus Sparmaßregeln, daß nur fünf Milliarden bewilligt werden.

In der weiteren Debatte sprechen noch Gothein (Demot.), Schürmer (Dtsch. Vpt.) und Dr. Rieker (Dtsch. Vpt.), die die Arbeiter bitten, endlich wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Abg. Wurm (U. S.): Die Arbeiter haben zur Regierung kein Vertrauen. Daher arbeiten sie nicht. Erst wenn das anders geworden ist, werden wir den Appell zur Arbeit ergehen lassen.

Der Antrag Mumm wird abgelehnt und der Notetat gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Das Gesetz über den Eintritt Bayerns und Baden's in die Biersteuergemeinschaft wird angenommen. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Anfragen und kleinere Vorklagen. Schluß 6 Uhr.

### Falsche Gerüchte über den Rücktritt des Kabinetts Bauer.

(Eigene Drahtung der „Hartung'schen Zeitung“.)

P. D. Berlin, 23. Juni. Die „Kosm. Ztg.“ veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Abendausgabe das aus Weimar kommende Gerücht, daß das Kabinett Bauer vor der Eröffnung der Nationalversammlung zurückgetreten sei. Auch das „B. Z.“ läßt sich aus Weimar melden, daß das Kabinett „als erledigt“ gelte. Diese Gerüchte werden durch die tatsächlichen Geschehnisse in Weimar widerlegt.

B. D. Berlin, 23. Juni. Der Gesandte von Daniel wird, wie dem Vertreter des „B. Z.“ in Versailles erklärt wird, den Friedensvertrag nicht vollziehen. Er hat dazu keinen formellen Auftrag erhalten und würde auch, falls ein solcher Auftrag an ihn gelangte, lieber aus dem Amte scheiden, als seine Unterschrift unter diesen Vertrag setzen. Es wird erwartet, daß ein Mi-